

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszell 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306 - 2307

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlins Hilferuf.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat am 18. August nachstehendes Telegramm an sämtliche in Betracht kommenden Reichsministerien gerichtet, um, wenn möglich, noch in letzter Stunde das weitere Steigen der Kohlenpreise, von dem aus eine neue ungeheure Teuerungswelle auszugehen droht, zu bekämpfen:

„Erbitten dringend im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, des Verkehrs und des Wirtschaftslebens um Maßnahmen, daß Kohlenpreise nicht wie bisher und vom Reichskohlenrat beabsichtigt, gesteigert werden. Heute noch ist der Kohlenpreis für englische Kohlen ebenso hoch wie für deutsche Kohlen. Allein 20fache Frachterhöhung bringt deutsche Kohlenpreise 10 Millionen über englische. Reichskohlenrat will nach Mitteilung Kohlenpreise um 200 Prozent erhöhen. Ergebnis würde sein: Preis der englischen Kohle am Montag 35 Millionen, Preis der deutschen Kohle am Montag 85 Millionen. Die gesamte Wirtschaft, insbesondere Gas, Elektrizität, Verkehrsunternehmungen gelangen zu Preisen, die für die Bevölkerung unerschwinglich und unerträglich sind. Dauernde Erhöhung der Löhne und Gehälter unabwendbare Folge. Erbitten schärfstes Eingreifen gegen diese die Wirtschaft zerrüttenden Maßnahmen. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit erscheint schon heute aufs schwerste gefährdet.“

Dieser Appell des Berliner Magistrats an die Reichsregierung wirkt ein grelles Schlaglicht auf die ungeheuren Gefahren, in denen wir uns befinden. Raum hat der Reichstag unter dem Druck der Volkserregung sich zum erstenmal dazu entschlossen, endlich dem deutschen Steuerstand ein Ende zu machen und mit der dringend notwendigen Finanzreform zu beginnen, da fängt gegen sie auch schon der Kampf der Interessenten, der Wirtschaftskreise auf der ganzen Linie an, deren sinnlos und kurzfristiger Egoismus uns ins Elend hineingebrocht hat. Der Sinn der neuen Steuergesetze war der, daß diese Steuern aus der Substanz der Wirtschaft bezahlt werden sollten. Wenigstens von den bürgerlichen Parteien wurde zum erstenmal unter dem Druck der furchtbaren Not zugegeben, daß die skandalöse Schonung des Privatbesitzes nicht mehr zu halten sei. Die Wirtschaftskreise scheinen darüber anders zu denken. Sie eröffnen nunmehr den Kampf mit Preiserhöhungen, deren Zweck offenbar ist, die neu beschlossenen Steuern aus vermehrter Inflation zu zahlen und darüber hinaus die billige und bequeme Inflationsverdienerei aufrechtzuerhalten. Ueber die Aufgabe der Reichsregierung diesem spontanen Angriff gegenüber kann kein Zweifel obwalten. Eine Regierung, die weiter wie bisher die Wirtschaft schalten und walten ließe, unbekümmert um Deutschlands Schicksal, würde sich und Deutschland erledigen!

Das Bestreben gewisser „Wirtschaftskreise“, die vom Reichstag beschlossenen neuen Steuern zu sabotieren, wird immer deutlicher erkennbar. Unmittelbar nachdem diese Beschlüsse im Reichstag gefaßt waren, gab die „Berliner Börsen-Zeitung“ schon den Ton an, nach dem jetzt die steuerscheuen Wirtschaftskreise zu tanzen suchen. In Zeitungen und in Versammlungen wird das übliche Klagegebet darüber angestimmt, daß die Steuern „die Wirtschaft erdrücken“ würden. Diesem Gerede tritt der Handelsredakteur des „Berliner Tageblattes“, Dr. Felix Pinner, mit überzeugenden Gründen entgegen:

Die Wirkung der neuen Steuern wird, kurz gesagt, davon abhängen, auf welchem Wege die von ihnen in erster Linie betroffenen Schichten der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft sie aufbringen werden, nämlich entweder auf dem Wege der Substanzliquidation oder auf dem Wege der Abwälzung.

Die ausgesprochene Absicht der gefährdenden Faktoren ging zweifellos bei den neuen Steuern dahin, daß sie als Eingriffe in die Substanz wirken und durch Liquidation von Substanzteilen aufgebracht werden sollten. Diese Tendenzen entsprechen zweifellos für viele Zweige unseres Wirtschaftslebens der Gerechtigkeit, und auch ihre Durchführbarkeit kann bis zu einem gewissen Grade als gegeben betrachtet werden. Es gibt in der deutschen Wirtschaft sehr breite Schichten, die in der Lage waren, während der letzten Jahre ihre Substanzen nicht nur zu erhalten, sondern auch zu vergrößern. Nicht zuletzt sind diese Schichten durch ersparte (sei es an sich zu geringe, sei es durch späte Einzahlung real verringerte) Steuern zu ihrer Substanzakkumulation befähigt worden. Es ist durchaus gerechtfertigt, wenn zum mindesten diese durch Steuererparnisse ermöglichten Substanzgewinne (von den durch die sogenannten Kreditgewinne ermöglichten gar nicht zu reden) wieder aufgelöst werden und jetzt als Sonder- oder Nachsteuern neben den laufenden Steuern durch Selbstzahlungen in den Besitz des Reiches gelangen. Vielfach werden derartige Substanzliquidationen auch möglich sein, ohne die Betriebe substanzarm zu machen und in ihrer produktiven Weiterarbeit zu führen. Es bestehen bei sehr vielen Betrieben übermäßige Waren-, Devisen- und Effektivvorräte, durch deren erträgliche Verringerung schwerer soziales Mittel freigemacht werden können, als zur Begleichung der Steuern erforderlich sind. Man darf sich durch die hohen Multiplikatoren der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und der Rhein-Ruhr-Abgabe sowie durch die riesigen Papiermillionen- und -milliardenziffern,

die für die Betriebe dabei herauskommen, nicht verblüffen lassen. Eine Anzahl Tonnen Eisen, ein paar Ballen Stoffe oder einige sonstige hochwertige Lagerartikel werden bei den heutigen Preisen ausreichen, um durch ihren Verkauf die Mittel für die jeweiligen Vorauszahlungen und die Rhein-Ruhr-Abgabe bereitzustellen. Häufig sogar wird nicht einmal das notwendig sein, sondern der Verkauf einer Anzahl „schwerer Aktien“ oder eine nicht allzu erhebliche Verringerung des Devisenbestandes wird bereits dasselbe Ergebnis haben.

Allerdings gibt es auch andere Betriebe, die nicht in einer so glücklichen Lage sind, besonders solche mittlerer und kleinerer Art. Bei ihnen wird man manche finden, die keine Effekten- und Devisenreserven haben und deren Warenvorräte zusammengeschrumpft sind. Sie werden infolgedessen augenblicklich durch die neue Besteuerung etwas schwerer getroffen. Aber Pinner macht mit Recht darauf aufmerksam, daß auch sie im Jahre 1922, das der jetzigen Besteuerung zugrunde liegt, vielfach noch sehr ansehnliche Papiergeldgewinne gemacht haben. Ihnen bleibt, wenn sie sich zu hart belastet glauben, immer noch die Berufung auf den Härteparagrafen der neuen Gesetze, die eine anderweitige Regelung der Vorauszahlungen zulassen, wenn die zu leistenden Vorauszahlungen außer Verhältnis zu den mutmaßlichen Einkommen stehen.

Die Rücksicht auf diese kleinen oder mittleren Betriebe darf jedoch die Finanzverwaltung in keiner Weise veranlassen, nun auch bei den wirklich zahlungsfähigen Großbetrieben eine in diesem Falle doppelt unangebrachte Rücksicht zu üben. Jeder Versuch, die Substanzsteuern wieder auf die breite Masse der Konsumenten abzuwälzen, wie das bei den neuen Kohlenpreisen augenscheinlich beabsichtigt ist, muß von vornherein rücksichtslos unterdrückt werden.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Sonnabend nachmittag in einer mehrstündigen Sitzung mit den zu ergreifenden Finanz- und währungspolitischen Maßnahmen. Die Beratungen werden am Montag nachmittag fortgesetzt und jedenfalls zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung, so schreibt der „Sozialdem. Parlamentsdienst“, ist sich klar darüber, daß mit aller Entschiedenheit durchgegriffen werden muß, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Nicht zuletzt hat die erst jetzt wieder von der Schwere der Krise eingestimmte Haltung auch diejenigen zu der Ueberzeugung gebracht, die bisher noch auf Zwangsmassnahmen glaubten verzichten zu können. Bekanntlich wurde noch unter der alten Regierung mit der Industrie die Vereinbarung zur Ablieferung eines beträchtlichen Devisenbetrages für die Bildung eines Devisenfonds getroffen. Aber auch jetzt hält die Schwerindustrie ihre Verpflichtungen nur zum Teil ein und versucht nach wie vor, ihre Spekulationsinteressen auszuspielen. Es wird u. a. behauptet, daß sie die schon abgelieferten Devisen zum Teil aus Papiermarkkrediten der Reichsbank gezahlt hat, die natürlich immer wieder gegeben werden. Darüber hinaus soll ferner beobachtet worden sein, daß Goldscheine, die der Industrie für abgelieferte Devisen ausgehändigt wurden, wieder verkauft worden sind. Nimmt dieser Zustand seinen Fortgang, dann ist mit einem vollkommenen Fehlschlag der neu eingeleiteten Intervention zu rechnen, so daß jetzt entschiedene Maßnahmen mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe durchgeführt werden müssen.

Wir müssen endlich zu stabilen Währungsverhältnissen kommen, da sonst in absehbarer Zeit der Kampf aller gegen alle unvermeidlich ist. Die seit Anfang August eingetretene Entwertung der Mark war derartig, daß kleine und mittlere Betriebe heute vielfach außerstande sind, die zum Leben notwendigen Gehälter an das Personal zu zahlen. In

Die Börse kauft weiter.

Der Rede Poincarés wurde an der heutigen Börse wenig Beachtung geschenkt. Auch in bezug auf die morgen zu erwartende französische Antwort an England gibt man sich keinerlei Optimismus hin. Immerhin hofft man, daß sich aus einer zu erwartenden Diskussion vielleicht eine brauchbare Verhandlungsbasis ergeben könnte. Vielmehr als mit der äußeren Lage beschäftigt man sich wieder mit den inneren wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich wieder zuspitzen drohen. Goldlöhne, Preise und Steuern sind ausschlaggebende Faktoren am heutigen Devisenmarkt. Dazu kommt die immer mehr anwachsende Geldnot, die ein weiteres Hindertreiben der Devisen bewirkt. Auch befürchtet man eine teilweise Stilllegung der Industrie, was unabsehbare Folgen haben würde. Wenn auch die Einfuhrbedürfnisse heute wieder überaus große Anforderungen an Material stellen, die Befestigung der amerikanischen Kurse verzögerte sich bis weit nach 1 Uhr hinaus. Der Effektenmarkt bot ein ziemlich bewegtes Bild. Die Käufe des Auslandes dauern an und haben sich zeitweise vermehrt. Zwar zwingen die Steuern immer noch zu einigen Abgaben, doch überwiegt die Nachfrage auch beim Publikum bei weitem.

Anbetracht dessen hat sich ein großer Teil der Unternehmer bereits jetzt veranlaßt gesehen, dem Personal zu kündigen. Sicherlich wird der gegenwärtige Zustand von diesem oder jenem Unternehmer, der als Devisenbesitzer die erhöhten Löhne zahlen könnte, ausgenutzt, aber es muß auch einmal ganz offen zugestanden werden, daß viele kleine und mittlere Betriebe vorläufig in der Tat außerstande sind, heute die Marktbeträge aufzubringen, die zur Zahlung der Gehälter und Löhne notwendig sind.

In diesem Zusammenhang müssen wir auf folgendes verweisen: erst in diesen Tagen wurde wieder eine Besoldungserhöhung der Beamten in einem gewaltigen Ausmaße vorgenommen, ohne jedoch bisher von der Deckung zu sprechen. Wir sind immer für eine angemessene Bezahlung der Beamten, Angestellten und Arbeiter eingetreten und verwehren niemandem auch die jetzt zugestandenen Mittel. Aber was ist auf die Dauer den Staatsbediensteten, besonders aber dem Volke damit gedient, wenn fortgesetzt ungeheure Beträge bewilligt werden, die z. B. jetzt den größeren Teil der neu beschlossenen Steuern aufressen, ohne daß neue Deckung dafür vorhanden ist. Bei dieser Wirtschaft muß die Inflationswelle trotz aller schönen Dämme gegen sie, ihren Fortgang nehmen.

Die Reichsregierung muß deshalb jetzt darauf sehen, daß die Inflation schnell und planmäßig abgebaut wird. Es kommt darauf an, auch durch brutale Mittel, wie im Reichstag ganz richtig gesagt wurde, dem Reiche die Existenzmöglichkeit zu sichern. Sie darf deshalb auch nicht vor der Beschlagnahme aller Devisenbestände zurückschrecken, die zu einem Mittelfeld abgelöst werden könnten. Eine Rotverordnungs des Reichspräsidenten könnte die gesetzliche Vorbedingung schaffen, die dem Finanzminister die Möglichkeit gibt, bei den Banken Nachschau zu halten. Die Devisen wie das Geld sollen dem Lande gehören, nicht zur Bereicherung der einzelnen dienen. Es gilt hart zu sein oder nicht zu sein!

Die Not der Straßenbahn.

Äußerungen des Stadtbaurats Dr. Adler.

Ein Mitarbeiter des „Vorm.“-Verlages hat den aus dem Urlaub zurückgekehrten Dezernenten des städtischen Verkehrsreferats, Stadtbaurat Dr. Adler, um seine Ansicht über die Ursache der Straßenbahnkatastrophe befragt.

Dr. Adler ist durch die katastrophale Verschlimmerung der Straßenbahnlage gewissermaßen überaus irritiert worden. Er führt den Zusammenbruch vor allem darauf zurück, daß die Hauptausgaben der Straßenbahn, für Löhne und Strom, ihren Friedensstand bei weitem überschritten haben, während der Straßenbahn bisher nicht gelungen ist, durch entsprechende Tarifierhöhungen ihre Einnahmen damit in Einklang zu bringen. Beispielsweise ist der Strompreis, der im Frieden 8 Pf. für die Altonaufstunde ausmachte, infolge der enormen Kohlenverteuerung heute bereits auf das zweimillionsfache gestiegen, d. h. er ist der normalen Entwertung gegenüber dem Friedensstand weit voraus. Der Durchschnittslohn eines Straßenbahnners betrug im Frieden rund 40 Pf. für die Stunde, heute dagegen betrage der Lohn auf Grund der vom Staat festgesetzten Tarife 490 000 M. die Stunde (was bei einem Dollarsatz von 4,2 Millionen Mark nicht ganz 50 Pf. Friedenswährung ausmacht Red. d. „Vorm.“). Selbstverständlich sind auch die Materialpreise, besonders Eisen, das die Straßenbahn in großen Mengen für ihren Betrieb braucht, gegenüber dem Friedenspreis weit mehr gestiegen, als die allgemeine Entwertung es zulassen würde. Demgegenüber beträgt der Tarif der Straßenbahn mit 100 000 M. für die Einfahrt heute „nur“ das Ein-Millionsfache gegenüber dem Frieden.

Es ergibt sich danach das traurige Verhältnis, daß die Einnahmen der Straßenbahn auf das Einmillionsfache, die Ausgaben aber auf das weit mehr als Zweimillionsfache gestiegen sind. Eine Verringerung dieses Mißverhältnisses erscheint im Augenblick unmöglich, denn die Verkehrsdeputation ist einmütig der Auffassung, daß eine Tarifierhöhung über das jetzt beschlossene Maß hinaus für Berlin unmöglich ist. Einmal, weil die Bevölkerung die ohnehin schon unerträglichen Lasten nicht noch in wesentlich vergrößertem Umfang zu tragen fähig sein würde, sodann aber auch wegen der starken Konkurrenz, die Stadtbahn und Untergrundbahn der Straßenbahn machen.

Nach Ansicht Dr. Adlers gibt es also im Augenblick keinen anderen Weg, als daß das Reich ersucht wird, den täglichen Fehlbetrag von 50 bis 60 Milliarden aus eigenen Mitteln zuzuschließen.

Morgen außerordentliche Magistratsitzung.

Der Kellereiausschuß der Stadterordnetenversammlung beschloß heute mittag nach längerer Beratung, am Abend im Beisein des Magistrats und der zuständigen Dezernenten zu einer besonderen Sitzung zusammenzutreten, um die mit der ungeheuren Steigerung der Werkstarife zusammenhängenden Fragen zu klären und auch sich mit der drohenden Stilllegung der Straßenbahn zu beschäftigen. Im Anschluß daran tritt der Magistrat morgen vormittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen.

Poincaré an England und Deutschland.

Paris, 19. August. (W.Z.) Während seines Aufenthalts in Charleville hat Ministerpräsident Poincaré dreimal das Wort ergriffen.

Nach „Havas“ hat er zunächst bei dem Empfang im Rathaus an die „Schrecknisse der deutschen Besetzung“ erinnert und u. a. erwähnt, daß der Kaiser, der König von Sachsen, der Reichstanzler, Generale und Admirale sich in der Stadt vier Jahre lang aufgehalten haben. Das seien Erinnerungen, die man nicht vergessen könne. Es gebe Leute, die erklärten: Denken wir nicht mehr daran, der Alpdruck ist vorüber, vergessen wir ihn! Nein! ruft Poincaré, vergessen wir das nicht. Behalten wir die Erinnerung daran, nicht um zu schmähen, nicht um zu hassen, sondern um besser zu verstehen und besser auf der Hut zu sein.

Im Generalrat des Ardennen-Departements ergriff Poincaré nach einer Begrüßungsansprache das Wort und gab seiner Freude über die außerordentlichen Anstrengungen Ausdruck, die das Departement zum Wiederaufbau seiner Ruinen gemacht habe. Seine Rede schloß er mit den Worten: Die Regierung, der Staat, Frankreich haben die Pflicht, auch zu unterstützen, damit sie den Dank bewirklichen, den sie euch schuldig sind. Deshalb müssen wir von Deutschland die Zahlungen erhalten, denen es sich systematisch entzog.

Wir sind deshalb hart entschlossen, die Politik weiterzuführen, die dem allgemeinen Wunsch des Landes entspricht. Zu einer ausführlichen Rede nahm sodann Poincaré das Wort bei der Einweihung des Arcoerdenkmals. Da schilderte er die Kämpfe um Charleville, die schließlich zur Wiederbefreiung der Stadt geführt hätten, und sagte: Welche Töne dröhnen noch heute für die befreiten Departements! Der Sieg stand vor ihren Augen in vollem Glanze. Sie sahen ihn, sie fühlten ihn. Sie hielten ihn in der Hand, sie waren überzeugt davon, daß er niemals mehr entweichen würde.

Die Alliierten schienen so einig, so stolz aufeinander, so bewußt ihrer Selbstständigkeit, die sie sich ausgesprochen hatten! Es schien auch offensichtlich, daß die Alliierten, nachdem sie zusammen für eine gemeinschaftliche Sache so langwierige und schwere Opfer gebracht hatten, sich nicht mehr trennen könnten und daß sie Seite an Seite im Frieden das Wort beenden würden, dessen Grundlage sie auf den Schlachtfeldern gelegt hatten. Sie haben Grundzüge verkündet, die die Verantwortlichkeit Deutschlands aussprechen, und das Recht der verbündeten Mächte und insbesondere der vom Einbruch betroffenen Länder auf die Wiederausgleichung der erlittenen Schäden feierlich bekräftigt. Die Bündnisse haben den Krieg überlebt. Die Alliierten konnten hoffen, daß das Monument, das sie mit ihrem Blut errichtet hatten, weiter aufrecht bestehen würde, unzerstörbar und nicht zu erschüttern. Die Nationen aber, die Menschen begehen bei großen Zusammenbrüchen und großen moralischen Krisen die Notwendigkeit einer Einigung besser als wenn sie sich im Bunde herzlicher Freundschaft und der Wiedergewinnung befinden. Ein italienisches Sprichwort, *Passato il pericolo rabbato il santo*, bedeutet, man könne von der Freundschaft sagen, daß sie, selbst wenn sie feierlich verkündet wird, bisweilen ein wenig vernachlässigt wird, wenn der erste Raubriss darauf fällt. Die öffentliche Meinung der Völker muß gegen solche

Verletzungen des Egoismus

sich auflehnen. Poincaré fuhr fort: Wir Franzosen würden jede Tat und jedes Wort für ein Verdrehen halten, das darauf ausgeht, den Bund zu lockern oder zu lockern. England befaßt sich über eine lange und schmerzliche Arbeitslosigkeit. Die letzten englischen Handelsstatistiken zeigen, daß seit Januar bis Ende Juli die Ausfuhr und Einfuhr Großbritanniens an Gewicht und Wert die der ersten sieben Monate des Jahres 1922 übertrafen hat. Ja, noch mehr. Der Handel durch England, d. h. das, was das meiste Interesse für die englische Schiffahrt hat, hat im Vergleich zu der Güterausfuhr des Jahres 1922 um 13,5 Prozent zugenommen. Ich schließe daraus nicht, daß England aus der Ruhrbesetzung einen Vorteil gehabt hat, ich hätte gewollt, daß es einen größeren Nutzen davon hätte, und zwar an unserer Seite, und ich habe das Recht, jetzt auszusprechen, daß

wenn es in England Arbeitslose gibt, der General Degoutte wirklich gar nichts damit zu tun

hat. Ebenso wenig ist es ein sehr glückliches Argument, die Gelehrsamkeit unserer Pfandbesitzer zu bestreiten. Es ist zu einfach, darauf mit dem eigenen Text des Friedensvertrages und mit früheren gemeinschaftlichen Erklärungen aller Alliierten einschließlich Englands zu antworten. Statt vielmehr Streitigkeiten dieser Art zu entfesseln. Würden wir nicht viel besser daran tun, praktische Lösungen für Probleme zu suchen, an denen jeder von uns

Mitleid!

Von Paul Padom.

„Fräulein“ hat in dem vornehmen westlichen Vorort einen Aindergarten eingerichtet, und die feinen Damen und Mütter sind erfreut darüber, daß sie ihre kleinen Kleinen für ein paar Stunden am Tag los sind.

„Fräulein“ ist hochaufgehoben und hager und sieht aus, als ob sie mit dem Hunger auf du und du steht.

„Fräulein“ hat große, gute Augen, die ein wenig ängstlich in die Welt schauen, und schütteres Haar, das stark grau schattiert ist.

„Fräulein“ fordert für die Beaufsichtigung von fünfzehn kleinen Kindern, die verzärtelt und verzogen und aller Unarten voll sind, eine Million Mark den Monat.

Eine ganze Million Mark den Monat.

„Fräulein“ ist lurchig, denn sie weiß, daß die feinen Damen Geldforderungen gegenüber so sehr peinlich und penibel sind.

Und die feinen Damen unterhalten sich über diese Forderung, und alle finden, daß es doch eigentlich sehr wenig sei und daß „Fräulein“ mit dem Geld kaum auskommen könne und daß „Fräulein“ überhaupt ein nettes und bescheidenes Wesen sei.

Aber eine der feinen Damen kommt auf den guten Gedanken, „Fräulein“ aus eigener Entschlossenheit zuzulegen.

Sie sagen nur: „Armes Fräulein!“ und halten Mitleid für so gut wie bare Münze.

„Fräulein“ wohnt nicht weit draußen im Norden. Sie muß nach dem westlichen Vorort mit der Stadtbahn fahren, und das Abonnement kostet im Monat 100 000 Mark.

Bei schönem Wetter schart Fräulein ihre Schützlinge in einem Garten ein, den ihr eine der feinen Damen lebenswürdig überlassen hat.

„Fräulein“ muß aber außerdem in einem Restaurant ein Zimmer mieten, in dem sie bei Regenwetter von den lieben Kleinen gepeinigt und geplagt wird.

Für dieses Zimmer zahlt „Fräulein“ monatlich 300 000 Mark.

Die feinen Damen haben davon gehört und sagen so recht gefühlvoll aus mitleidigem Herzen: „Mein Gott! Da kann doch „Fräulein“ mit einer Million im Monat wirklich nicht auskommen!“

Damit sind die feinen Damen mit der Mäße fertig.

Nach zwei Wochen fehlt „Fräulein“, und die feinsten Damen erfahren, daß sie sich im Krankenhaus befindet und daß der Arzt allgemeine Schwäche infolge Unterernährung festgestellt hat.

Da sagen die feinen Damen: „Ach Gott! Das arme Fräulein! Aber es ist ja auch kein Wunder; bei einer solchen Bezahlung muß ja heutzutage ein Mensch verhungern!“

Und die feinen Damen sind sehr stolz über diese ihre Feststellung.

interessiert sein muß? Europa wird sein wirtschaftliches und moralisches Gleichgewicht erst an dem Tage wiederfinden, an dem

der Friede in Europa auf solider Grundlage

wiederhergestellt ist. Nun verlangt der Friede die lokale Ausführung der unterzeichneten Verträge und die Gerechtigkeit verlangt die vollständigen Reparationen des angerichteten Schadens. Frankreich verlangt nichts anderes. England kann nichts anderes wollen. Wir werden uns also schließlich verständigen müssen. Undem wir auf unserem Wege fortschreiten, hoffen wir durchaus, uns niemals von unseren Alliierten zu entfernen, und wir sind sicher, daß wir nicht nur für das Wohlergehen Frankreichs, sondern auch für den Wiederaufbau Europas wirken.

In Hand der Beurteilungen, die wir aus den befreundeten Ländern und besonders aus England erhalten, begreift die öffentliche Meinung des Auslandes jeden Tag besser

die Anrichtlichkeit unserer Absichten

und wird in steigendem Maße für uns günstig. Die öffentliche Meinung beginnt den Vorwurf des Imperialismus ein wenig scherzhaft oder vielmehr lächerlich zu finden, den man seit drei Jahren gegen uns zu richten sich gefällt und den man in verschiedenen Reden voll überschwellender Bitterkeit in den letzten Monaten zu verstärken versucht hat.

Nachdem Poincaré den Vergleich seiner Politik mit dem Imperialismus Ludwigs XIV. und Napoleon I. zurückgewiesen und ausgeführt hatte, daß das preussische Junkertum in Napoleon den Sohn der Revolution gehabt habe, wies er auf Bismarcks Annexion Elsaß-Lothringens hin und sagte zum Schluß: Ist es nicht dieses Verbrechen, das 40 Jahre hindurch am allererschwersten auf der Ruhe der Welt lastete? Und als Deutschland, vermerkt durch eine Art von Größenwahn, welcher die Völker verdirbt, 1914 zu dem tollen Angriff auf Belgien und Frankreich schritt, hat sich da ein einziger unter unseren Verbündeten gefunden, der unser Recht auf die Wiedereinerlebung Elsaß-Lothringens bestritten hätte? Seit 1870 hatte also das Gewissen der Menschheit sich noch nicht an diese Ungegerechtigkeit gewöhnt. Möchten doch heute unsere Freunde, auch die, die nicht an unserer Seite gekämpft haben, an diese Lehre denken.

Ein auf der Ungerechtigkeit begründeter Friede ist immer gefährdet und zerbrechlich.

Ein Friede, den man auf der Gerechtigkeit hat begründen wollen, und den man langsam aus diesem Rahmen wieder würde hinausgleiten lassen, wäre noch unständiger. Rühren wir also nicht an dem Frieden und lassen wir einzig den Entschluß, der klug, vernünftig und friedfertig ist, nämlich, die eingegangenen Verpflichtungen zu achten und ihnen Achtung zu verschaffen.

Zu den Ausführungen Poincarés schreibt das Organ Lloyd Georges, „Daily Chronicle“, in England wisse man mehr über die Ursache des Rückganges des englischen Handels als Poincaré, und seine gewohnte Methode, den Engländern zu sagen, daß er echt und die Engländer unrecht hätten, mache besonders in einem Falle, wie diesem, keinen Eindruck. Poincaré habe es in seiner Macht gehabt, die Einigkeit der Alliierten aufrechtzuerhalten, der er Lippen dienst leiste; er habe sie aber zerstört. Poincaré werde sie nicht wiederherstellen, indem er den Engländern zeige, was sie tun müßten, oder indem er von ihnen erwarte, daß sie immer seinem Diktat folgten. Es würde besser sein, wenn Poincaré einsehe, daß ein Zusammenwirken auch Zugeständnisse bedeute, und daß die Zugeständnisse nicht nur einseitig sein könnten. Die britische Nation werde müde, die Rechte Europas und die Würde der Interessen Englands auf das anmaßende Geheiß des französischen Premierministers hin aufzugeben.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner neuesten Rede das Bestreben an den Tag gelegt, seine Hörer zu befriedigen, ohne in England und in Deutschland neue Erregung hervorzurufen. Darüber hinaus enthält aber die Rede keine positive Anregung zur Lösung des Konflikts. In einem Kommentar zu ihr macht der „Temps“ der deutschen Regierung Vorwürfe darüber, daß sie es an einer solchen positiven Anregung bisher habe fehlen lassen. Ihr Standpunkt ist aber hinlänglich bekannt, und das von der englischen Regierung gut aufgenommene Memorandum vom 7. Juni ist durch die Parteien, die die neue Regierung bilden, gedeckt. Was fehlt, ist eine Willenserklärung Frankreichs, dem deutschen Volk sein politisches und wirtschaftliches Selbstbestimmungsrecht auf seinem Territorium freizugeben, falls es bestimmte Anstrengungen macht, seine Reparationschulden zu bezahlen. Erklärungen, daß Frankreich nicht beabsichtige, Deutschland zu zerstören, können keinen Eindruck machen, solange

dem Kunstbetrieb.

In unserer Zeit wäre es merkwürdig, wenn nicht auch die Kunst von dem allgemeinen „Beirich“ ergriffen würde. Das Sammeln von Kunststücken ist von einer geschmackvollen Viehhäuferei vielfach zur prob materiellen „Kapitalanlage“ herabgekommen, und die Händler machen sich die Konjunktur nicht selten zunutze, um die ahnungslosen Kunstspekulanten hineinzulügen. Wäre dieses ganze Kunstgeschäft nur eine laufmännische Angelegenheit, so brauchte es den Kunstfreund nicht viel zu bekümmern, aber es bedeutet auch eine schwere Gefahr für die Entwicklung der Kunst. Erste Worte darüber sagt der Kunstkritiker Paul Westheim in seinem letzten bei Gustav Kiepenheuer in Potsdam erscheinenden neuen Buch „Für und Wider“.

Der Wunsch, seine Geminne in Kunstwerten anzulegen, brachte viele, die von dem wahren Wert und Sinn dieser Dinge keine Ahnung haben, auf das Kunstmarkt, und so schossen die neuen Kunsthandlungen wie Pilze aus dem Boden. „Es gab auf einmal“, sagt Westheim, der Kunstmarkt nicht mehr genug, ob alte oder neue Kunst, ob Holzplastik oder Gobelins in ihnen gehandelt wurde. Da die alte Kunst längst nicht mehr ausreichte für diesen Bedarf, durch den Bolschewismus die Grenzen für die Kunstindustrie seit Jahren gesperrt sind, überdies zum neuen Programm die junge Kunst gehört, so waren sehr bald die Künstler der geschätzten und auch vieler keineswegs schätzbaren Künstler geräumt. Immer dasselbe: das Programm ist da, der Betrieb will laufen, die Kunstläden brauchen Ware, brauchen monatlich wechselnde Ausstellungen und — es fehlt an Elementarstem: dem Künstler, mit dem sich Geschäft und Ausstellung und Programm machen läßt.“ So werden denn lokale Kunstgrößen überall geschaffen, es entstehen neue Sezessionen, die bestimmte Talente „läutern“. „So entstehen die Vorkühnheiten, die lächerlichen Überschätzungen. Das Bedenkliche ist, daß durch solch geschätzten Größenwahn manche Begabung, um die es schade ist, zugrunde gerichtet wird.“

Deutschland in der Ausnutzung der Wasserkräfte voran. Die Ausnutzung der Wasserkräfte, bei der immer größer werdenden Kohlennot eins der wichtigsten Probleme der Zukunft, hat gerade in Deutschland in letzter Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Eine Schätzung, die von der kanadischen Regierung durchgeführt wurde, beziffert die gegenwärtig nutzbar gemachten Wasserkräfte der Erde mit 15 bis 16 Millionen Pferdekraft. Da man den gesamten Verbrauch auf 120 Millionen Pferdekraft schätzt, so ist das etwa der 8. Teil der Betriebskraft, die aus dem Wasser gewonnen werden kann. Die Vereinigten Staaten besitzen über 28 Millionen Pferdekraft, von denen aber nur 7 Millionen ausgenutzt werden. Kanada hat von seinen verfügbaren 27 Millionen Pferdekraft 3,4 Millionen in Betrieb genommen; Frankreich nutzt von seinen 5,6 Millionen nur 0,9 Millionen Pferdekraft aus, während Deutschland, das nur über 1,5 Millionen Pferdekraft verfügt, bereits 0,62 Millionen in Betrieb genommen hat. Norwegen, das mit seinen 5 Millionen einen großen Schatz an Kräften besitzt, hat 1,12 Millionen Pferdekraft ausgenutzt. Deutschland, das zu den mit Wasserkräften am reichhaltigsten bedachten Ländern gehört, hätte noch dieser Schätzung bereits fast die Hälfte vermerdet und würde danach in der Ausnutzung der Energiekräfte an erster Stelle stehen. Dazu bemerkt aber die „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“, daß

Frankreich auf deutschem Boden eine Militärdespotie ausübt und keinerlei Reigung zeigt, diese Methoden unter bestimmten Voraussetzungen aufzugeben.

In einer Rede in Charleville, die als eine Ergänzung der dort gehaltenen Rede Poincarés aufgefaßt wird, sagte der Senator Hubert:

Wir wollen Deutschland weder zerstören, noch zugrunde richten. Wir verlangen von ihm lediglich, seine Unterschrift zu respektieren, unsere Ruinen wieder aufzurichten und sich nicht an unserer Sicherheit zu vergriffen. Auf diesem Gebiet haben wir uns nie gewiegert, die Unterhaltung aufzunehmen und selbst wenn unsere Verbündeten uns allein lassen sollten, bin ich meinerseits der Ansicht, daß wir im Interesse der gesamten Welt nicht das Recht haben, unter diesen Bedingungen Verhandlungen unter vier Augen abzulehnen, denn wir haben es nicht auf die deutsche Demokratie abgesehen, wir bekämpfen vielmehr die industrielle Klasse, die ebenso zu fürchten ist wie die Militärdiktatur von einst.

Eine Verhandlung unter vier Augen, das heißt die vertrauliche Frühlingnahme von Vertretern der beiden Regierungen, könnte vielleicht den Anfang einer Verständigung schaffen, wenn der Boden dafür entsprechend vorbereitet ist. Auf deutscher Seite hat man sich niemals geweigert, auf solche Verhandlungen einzugehen. Erfolgversprechend können sie freilich nur dann sein, wenn der deutschen Regierung nicht mehr zugemutet wird als sie leisten kann, insbesondere wenn von ihr keine Preisgabe deutscher Volksrechte über den Betrag von Versailles hinaus gefordert wird.

Die Herstellung eines wahren, dauernden Friedens zwischen den beiden großen Republiken, Frankreich und Deutschland, ist ein so hohes Ziel, daß um feinetwillen von einer wirklichen französischen Demokratie die Ausgabe eines leeren Prestigestandspunkts und der Verzicht auf unerfüllbare Forderungen wohl erwartet werden dürfte. Leider muß gesagt werden, daß im deutschen Volk die Hoffnung auf eine solche Wendung der französischen Politik für den Augenblick nicht besteht.

Reichskanzler Dr. Stresemann beabsichtigt, sobald die französische Antwort an England vorliegt, Poincarés zu antworten.

Der Frankfurter.

Paris, 20. August. („Frankf. Jg.“) Die gestern von dem französischen Finanzminister de Costery gegebene Erklärung, daß das Sinken des Frankens mit finanziellen und wirtschaftlichen Ursachen nicht zu erklären, vielmehr eine Auswirkung der Spekulation und politischer Machenschaften sei, die im Ausland ihren Ursprung haben müßten, findet in der Presse mehrfach sehr scharfen Widerspruch. So nennt „Journées Industrielles“ es einen Unsinn, dafür die englische Politik verantwortlich zu machen, da dadurch doch besonders auch der Ruin der eigenen Industrie herbeigeführt werde. Im Gegensatz sei der fortwährende Rückgang der französischen Währung zurückzuführen auf den Zusammenbruch der Mark, auf die Verschärfung der frankobritischen Gegensätze und auf die französische Stützungsaktion für den belgischen Franken, die notwendigerweise zu einer gewissen Schicksalsgemeinschaft der beiden Währungen führen müsse. Auch der „Temps“ protestiert gegen die Behauptung des Ministers. Als den schwachen Punkt der Situation bezeichnet er die sehr beträchtliche Höhe der ausländischen Guthaben in Frankreich, die auf mindestens 10 Milliarden zu beziffern seien und die von einem Tag auf den anderen gelündigt werden könnten.

Beratungen des Reichskabinetts.

Heute abend um 7 Uhr tritt das Reichskabinet zu einer Sitzung zusammen, in der Richtlinien für die weitere Wirtschaft- und Finanzpolitik der neuen Regierung festgelegt werden sollen. Es ist anzunehmen, daß die Regierung bereits in den nächsten Tagen ihre neue Wirtschafts- und Finanzpolitik vor dem Hauptauschuß des Reichstags näher darlegen wird, zumal es sich um weitgehende Maßnahmen handelt.

Heute nachmittag findet im Reichskanzlerpalais ein Empfang der ausländischen Diplomaten durch den Reichskanzler statt.

die in Deutschland verfügbaren Wasserkräfte höher anzusehen sind und nach den neuesten Berechnungen 3,5 bis 4 Millionen Pferdekraft betragen. Auch ist zu berücksichtigen, daß die ausgebauenen Kräfte bei uns durch viele Kleinanlagen verstreut sind. Immerhin steht Deutschland voran; nach ihm kommen die Schweiz, die Vereinigten Staaten, Italien und Norwegen als die Länder, die den größten Teil ihrer Wasserfälle zur Energiegewinnung herangezogen haben. In Norwegen hat man sich die günstigen Verhältnisse besonders zunutze gemacht, da hier 400 000 Pferdekraft lediglich für die Gewinnung von Luftstickstoff, Salpetersäure und andere Stickstoffverbindungen gebraucht werden. Frankreich hat nur 11 Proz., Großbritannien gar nur 8 Proz. seiner Wasserkräfte verwertet.

Geschlechtswechsel der Auster. Der Däne Spard vom Beobachtungsanstalt Bimfjord, und der Engländer Orton zu Plymouth haben letzten gleichzeitig und unabhängig voneinander Untersuchungen an Austern angestellt, die ergaben, daß diese Schalthiere manchmal im Jahre drei- bis viermal, ja noch öfter ihr Geschlecht wechseln. Sie sind in der Tat zweigeschlechtlich, sowohl männlich wie weiblich, aber in der Regel beizügelt sich nur der eine Geschlechtsapparat. Es werden entweder Eier oder männlicher Samen an das Meerwasser abgegeben. Außerlich ist den Tieren kein Unterschied anzusehen, nur die mikroskopische Untersuchung vermag festzustellen, ob das Tier in der bestimmten Zeit als Männchen oder Weibchen anzusprechen ist. Weistens hängt der Wechsel mit einer Veränderung der Temperatur des umgebenden Wassers zusammen. Je länger das Wasser kalt bleibt, desto länger bleiben die Tiere weiblich; wenn das Wasser sich erwärmt, tritt die männliche Funktion ein, um bei späterer Abkühlung wieder in den weiblichen Charakter zurückzuführen.

Neue Vornamen in Sowjetrußland. Die Scheu, die Kinder auf die Namen der Kirchenheiligen zu taufen, hat dazu geführt, daß man im bolschewistischen Rußland heute auf die absonderlichsten Namen verfallt. Wie die „Westfalia“ erzählt, nennen viele Eltern ihre Kinder nach den Namen von Flüssen und Städten wie Dnjepr, Wolga, Moskau. Andere wählen für diesen Zweck Bezeichnungen, die ihnen aus dem politischen Leben geläufig geworden sind. So trifft man beispielsweise viele Mädchen, die auf den Namen Genossenschaft, Kommune, Marschälle hören, ohne der Namen zu bedenken, die den Eltern von ihrem orientalischen Geschmack eingegeben sind, wie kleine Sonne, Feldblume u. a. m. Den Gipfel aber erstieg kürzlich ein Arbeiter, der, nachdem ihm das Glück zuteil geworden war, einen Treffer in der Goldmine zu machen, aus Dankbarkeit seiner Tochter den Namen Schuldverschreibung gab.

Am Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht begannen am 20. August die wissenschaftlichen Vorlesungen für Pädagogik, deutsche und fremdsprachlichen Unterricht, Geographie und Geologie, Physik und Chemie.

Die Volkshäuser eröffnen ihren Konzertsal mit einer Aufführung von Verdi's „Requiem“ am 8. Sept. in der alten Garnisonkirche.

Schwarz-Weiß. In Paris ist die Aufführung eines amerikanischen Films verboten worden, weil er für die schwarze Rasse verächtlich sei. — Das langsam aussterbende Frankreich braucht seine asiatischen Kolonien für seine imperialistischen Zwecke und spielt sich daher als ihr Protektor auf.

Verdächtige im Reichskanzlergarten. Attentat auf Stresemann?

Gerüchte von einem Attentat auf Reichskanzler Dr. Stresemann haben ihre Begründung in folgendem Vorgang:
Gestern, Sonntagabend um 8,15 und um 10 Uhr wurden im Garten des Reichskanzlerpalats von der Wache zwei unbekannte Personen gesehen, die auf Anruf die Flucht ergriffen. Da die nachgefolgten Schüsse fehlgingen, ist eine Feststellung der Personen bisher nicht möglich. Ob es sich tatsächlich um einen Attentatsversuch auf den Reichskanzler handelt, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Es wäre auch die Möglichkeit gegeben, daß es sich um den Versuch eines diplomatischen Attentats handelt. Auf alle Fälle erhält das Gebäude einen verstärkten polizeilichen Schutz.

Stacheldraht gegen Deutsche.

Die Absperrung des Ruhrgebietes. — Beschluß der Bergarbeiter.

Hamm 1. W., 20. August. (Eigener Drahtbericht.) In Hamm fand gestern eine große Konferenz der Funktionäre des Allgemeinen Bergarbeiterverbandes für das unbesetzte Gebiet statt. Auf dieser Konferenz wurde einstimmig folgende Entschlieung angenommen:

Die Verbandskonferenz erachtet in der Einführung der wertbeständigen Löhne einen Weg, der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage entgegenzuwirken. Als Ursache der jetzigen Verhältnisse wird die Ruhrbesetzung infolge des Verfalls der Verträge und das Verhalten gewisser besetzender Schichten in dieser schweren Zeit angesehen.

Die Konferenz erwartet von der Reichsregierung, daß sie keine Mittel unerschützt läßt, um den Ruhrkonflikt zu beenden und einen Ausgleich der Lagen, die infolge des Friedensvertrages entstanden sind, herbeizuführen.

Die Besetzung des Ruhrgebietes ist eine Vergrößerung allen Rechtsempfindens und des geschriebenen Rechts; sie hat die Zerstörung der deutschen Wirtschaft und die Bereinigung des deutschen Volkes zum Ziele. Gegen dieses Unternehmen des französischen Imperialismus und Militarismus ist nach wie vor jeder Widerstand ein Gebot der Selbsterhaltung. Der Bevölkerung des besetzten Gebietes wird zu ihrem schweren Kampf die warmste Sympathie ausgesprochen. Gegen die Verlängerung der Abdrosselung des Ruhrgebietes und der brutalen Handhabung der Besetzungserlasse erheben die Bergarbeiter vor aller Welt feierlichen Protest.

Die Grenz- und Verkehrsperre im Ruhrgebiet wird mit einer noch nie dagewesenen Rigorosität gehandhabt. Sämtliche Straßen und Wege, die über die Grenze führen, sind mit Stacheldraht- und Erdbefestigungen verbarrikadiert. An vielen Stellen sind selbst über Wiesen und Felder hinweg Stacheldrahtsperrungen errichtet. In Ortschaften, wo die Grenze der Dorfstraßen entlangläuft, läuft die Straße entlang ein Stacheldraht, der selbst den Verkehr von einer Straßenseite zur anderen verhindert.

Im Dortmunder Bezirk werden alljährlich große Scharen von Menschen, die bei dem Versuch, die Grenze zu überschreiten, abgefaßt worden sind, unter Mißhandlungen zu den Kommandostellen gebracht. In vielen Fällen indes werden die Leute nach einigen Tagen wieder freigelassen.

Deportation verurteilter Deutscher.

Nach zuverlässigen Nachrichten, die bereits nach den zuständigen Stellen in Berlin eingetroffen sind, sind der von den Franzosen ursprünglich zum Tode verurteilte und dann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigte Landwirtschaftslehrer Georges nach Cayenne deportiert worden. Dergleichen sollen die Franzosen beschließen, die Deutschen Koch und Brauer sowie den Gerichtsschreiber Mühs, die vom Kriegesgericht Werden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt sind, nach Kamerun zu schaffen. Die Reichsregierung hat bereits mehrfach Vorstellungen erhoben, um die Deportation zu verhindern.

Der belgische Senatspräsident gegen die Ruhraktion

Ein Mitarbeiter des Kopenhagener „Socialdemokrat“ hatte Gelegenheit, den belgischen Senatspräsidenten, Henry Lafontaine, der in Kopenhagen an der Interparlamentarischen Konferenz teilnahm, über seine Stellungnahme zur Ruhrbesetzung zu befragen. Genosse Lafontaine sagte seine Auffassung dahin zusammen: Leider haben wir Sozialdemokraten Recht behalten. Vom ersten Tage an, da die belgische Regierung den verzweifelten Ruhrmarsch begann, warnte die belgische Sozialdemokratie vor dem Unternehmen. Das wird uns nur Verdruß bringen, behaupteten wir, das wird weder den Franzosen noch den Belgiern nützen, wird so gut wie gar keine Ausbeute liefern und schließlich vollständig mißglücken. Und so ist es gekommen.

Ueber den Ausgang der Ruhrkrise bemerkte Genosse Lafontaine: Niemand weiß, was werden wird. Aber selbstverständlich wird es nicht das kleine Belgien sein, das den ersten Schritt zur Lösung tun kann, obwohl unsere Regierung sicher herzensgerne die ganze Sache aus der Welt läßt. Denn selbst wenn die Offiziere vielleicht ständig die einmal begonnene Ruhrpolitik fortsetzen, haben sie in Wirklichkeit in hohem Grade die ganze Affäre satt. Aber wie soll man aus der Geschichte herauskommen, ohne den Fehlschritt anzuerkennen oder an politischem Prestige zu verlieren? Nicht nur die belgische Sozialdemokratie ist gegen die Ruhraktion, die ganze belgische Presse macht täglich ähnliche Angriffe wie jene. Aber nur die Sozialdemokratie steht klar auf dem Standpunkt: die Ruhr dürfte niemals befestigt werden.

Ämtliche Devisenkurse.

	17. August		18. August	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden	1666,95	1674,175	1259,850	1263,150
1 argent. Pap.-Peso	1396,500	1403,500	1047,775	1052,225
1 belgischer Franc	1895,25	1904,75	1416,45	1423,55
1 norweg. Krone	688,275	691,725	528,675	531,325
1 dänische Krone	788,225	791,775	594,510	597,490
1 schwedische Krone	1127,175	1132,825	847,875	852,125
1 finnische Mark	—	—	57,700	58,290
1 japanischer Yen	—	—	15,610,00	15,630,00
1 italienische Lire	—	—	135,600	136,340
1 span. Sterling	1025,1750	1034,8250	1363,500	1459,500
1 Dollar	4189,500	4210,500	3192,000	3208,000
1 kanad. Dollar	—	—	175,500	176,440
1 brasilian. Milreis	—	—	31,021,0	31,679,0
1 Schweizer Franc	—	—	578,550	581,450
1 spanische Pieta	—	—	438,000	441,000
100 österr. Kr. (gr.)	—	—	45,88,50	46,11,50
1 griechische Drachme	—	—	93,765	94,285
1 ungarische Krone	—	—	179,55	180,45
1 bulgarische Lev	—	—	26,065	27,065
1 jugoslaw. Dinar	—	—	33,015	34,045

Der Todesstoß.

Der folgende Notizschrei, der von der furchtbaren Not der Zeit in ihren Kabinettungen auf die in freier Tätigkeit Brot erwerbenden findet, geht uns von einem alten Arbeiter zu.

Seht sind wir so weit, um zu fragen: Wo ist das nächste Irrenhaus? Viele Tausende würden sich dort, wo es so hübsch ruhig und sorglos ist und pünktlich auf die Minute kostenlos das Tischlein sich deckt, besser aufgehoben fühlen als in der großen Notenswelt der Freiheit, die uns stündlich die gepeinigten Nerven wie Spreu vor dem Wirbelwind durcheinanderjagt. Jeder erwachsene Deutsche, selbst der in seinem Fach einigermaßen beschlagene Bettler, ist jetzt Markt-Millionär, und Zehntausende dieser Papiermillionäre stehen vor dem Untergang, vor dem Verhungern. Die zu schwindelnder Höhe hinaufgetriebenen städtischen Wertpapiere bereiten sie auf den Todesstoß vor. Grauenhaft ist die Pein derer, die sich noch immer kümmerlich durchmanövrieren und nun ihre letzte 6rmliche Ersparnis fast rettungslos bedroht sehen. Wie im Kriege die 9 stigen Gasse unsere Truppen niedermähten, so ergießt sich die Welle unermesslicher Wirtschaftspolizei über alle die Keimen Sechsteler-Millionäre, die den einfachsten Hausstand nicht mehr aufrechterhalten können und mit den paar Millionen, die sie im Monat in freier Arbeit zusammenfronen, ärmer sind als der obdachlose Bettler. Morgen wird der Gasmesser fortgenommen, morgen ist es nicht mehr möglich, einen Topf Suppe zu kochen. Und wenn man ihnen den Gasmesser wirklich noch läßt — wozu sollen sie für eine Stunde Brennstoff hunderttausend Mark bezahlen? Genau die gleiche Summe, die auch der Reichste zu bezahlen hat! Die Zahlungsträger haben sich bereit, die fälligen Rechnungen zu begleichen und mit vorausbezahlten Millionen Gas zu kaufen, wie man aus dem Baden ein Pfund Margarine holt. Sie sind es, für die alle Vorteile gelten. Der Arme braucht das wenige Geld, das er hat, zum notdürftigsten Leben, kann keine Vorschüsse leisten und muß das Gas, solange man ihm den Gasmesser noch läßt, noch einmal so teuer bezahlen als der Geldsträger. Varmut wird Unfug, Wohlstand zur Blage! Man kann sich, wenn der Gasmesser fortgenommen ist, nicht einmal mehr mit Gas in das sogenannte bessere Leben einschleichen. Zum Strick wird die letzte Papiermillion, wenn die Preise nicht allzu arg ansteigen, noch reichen.

Die drohende Stilllegung der Straßenbahn.

Entscheidung am Mittwoch.

Am kommenden Mittwoch wird die Entscheidung darüber fallen, ob in der Hauptstadt des deutschen Reiches die Straßenbahn stillgelegt werden soll oder nicht.

Nach Lage der Dinge kommt für die Berliner Straßenbahn nur noch Hilfe vom Reich und von Preußen in Betracht. Die Direktion der Straßenbahn hatte vor längerer Zeit schon sich an die Berliner Industrie gewandt, um von ihr eine Unterstützung zu verlangen, doch scheiterten die damals geführten Verhandlungen an den Bedingungen, die von den Industriellen bezüglich der Verwaltung, der Lohnpolitik usw. gestellt wurden. Die Straßenbahn hatte damals darauf hingewiesen, daß die großen Werke Interesse an der Beförderung ihrer Arbeiter haben müßten und sie wies auch nach, daß viele Linien während des ganzen Tages unrentabel seien und lediglich zur Zeit des Betriebsbeginnes oder Schlußes in den großen Betrieben frequentiert seien. Gleichwohl war eine Unterstützung der Industrie, die besonders für Gleisneubauten und Reparaturen verwendet werden sollte, nicht zu erlangen. Ebenso sind alle Versuche gescheitert, der Straßenbahn auf dem Wege der Anleihe Betriebsmittel zuzuführen, die wertbeständig angelegt, dem Unternehmen über manche Wirtschaftskrisen hinweggehaltem hätten. Die leitenden Kreise der Stadt haben mit den Fraktionführern im Reichstag und Landtag eingehend verhandelt und betont, daß die augenblickliche Lage der Straßenbahn unhalbar sei. Schon jetzt beträgt das monatliche Defizit 2,4 Billionen Mark. Rechnet man die neue Kohlenpreiserhöhung 200 Proz. die dadurch auf der ganzen Linie notwendig werdenden Gehaltssteigerungen und Materialpreiserhöhungen, so erhöht sich diese Summe noch ganz beträchtlich. Um ihren Etat in Ordnung bringen zu können, müßte die Straßenbahn dann einen Fahrpreis nehmen, der selbst unter heutigen Verhältnissen phantastisch klingt. Man hat sowohl im Reichstag wie im Landtag dem Ruf der städtischen Behörden ernste Beachtung geschenkt und seit alle Parteien sind darüber einig, daß etwas geschehen muß, um den Betrieb zu sanieren und das Wirtschaftsleben der Reichshauptstadt vor schweren Erschütterungen zu schützen, die durch das Einstellen des Verkehrs unweigerlich eintreten müßten. Die Straßenbahn will auch nochmals versuchen, mit der Reichsbahn und den anderen Verkehrsunternehmen zu einer Art Tarifgemeinschaft zu kommen. Wenn aber das Reich oder Preußen nicht bis zum Ende des Monats sich zur Herausgabe von Krediten oder Zuschüssen verpflichten können, wird die Straßenbahn bis zum Eintritt besserer Zeiten ihren Betrieb einstellen müssen.

Die Gewerkschaften haben mit dieser sie auf das höchste interessierenden Frage sich bereits beschäftigt und beschlossen, auch ihrerseits im Namen der Arbeitnehmer im Reichsfinanzministerium vorstellig zu werden.

Billige Rohlen für Kriegsschädigte.

Die wirtschaftliche Notlage derjenigen Kriegssopfer, die zum überwiegenden Teil oder ganz auf Versorgung angewiesen sind, hat teilweise eine Würdigung erfahren, als man jetzt einer bereits im Vorjahr seitens des Reichsverbandes Deutscher Kriegsschädigter und Kriegerhinterbliebener gegebenen Anregung Rechnung getragen hat auf Verleinerung äußerst verbilligter Rohlen. Die Hauptförderstelle Berlin hat in Auswirkung einer Beschlußfassung im Reichsausschuß der Kriegsschädigten Anweisung erteilt, daß allen Empfängern von Zuschüssen bei den Bezirksförderstellen Aufschneide ausgehändigt werden, die zum Bezuge von 4 Zentnern Briefetts zum Preise von 55 000 M. und 3 Zentnern Braunkohle zum Preise von 33 000 M. berechtigen.

Rein Umtausch unbenutzter Fahrkarten.

Die am 17., 18. und 19. August gelösten nichtbenutzten Fahrkarten werden von den Fahrkartenausgaben und Kuggabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus nach dem 19. August innerhalb der Geltungsdauer nur dann zurückgenommen, wenn ein Rechtsanspruch nach der Eisenbahnerordnung (Richterfüllung des Beförderungsanspruchs, Verpätung oder Ausfallen von Zügen) besteht. In allen übrigen Fällen wird das Fahrgeld nur durch die zuständigen Verkehrsämter auf schriftlichen Antrag unter Angabe der Gründe über die Nichtbenutzung und nach Abzug von 10 Proz. Verwaltungskosten erstattet.

Die Diebstähle auf dem Trockenboden.

Ein sogenannter Platterfahrer wurde gestern nachmittag in einem Hause der Riedwühlstraße erwischt. Ein 23 Jahre alter Schuhmacher Hans Schaller, ein gewerbsmäßiger Platterfahrer, hatte bereits für 500 Millionen feinste Wäsche zusammengepackt und sich sich Zeit, weil er nicht wußte, daß der Boden durch eine Lärmvorrichtung gesichert war. Beim Öffnen der Tür aber hatte unten die Glocke angeschlagen. Ein mutiges Dienstmädchen eilte hinauf und überlieferte den Eindringling. Dieser entließ die Treppe hinunter, verfolgt von dem Mädchen. Auf der Straße ergriff man ihn und hielt ihn fest, bis das herbeigerufene Ueberwachungskommando der Schutzpolizei erschien und ihn abführte. Der Verhaftete hat ohne Zweifel noch eine ganze

Reihe Einbrüche dieser Art auf dem Reitholz. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Ziegler, Dienststelle B. I. 12, im Polizeipräsidium.

Ein Sprachgenie als Kavalierdieb.

Verhaftung eines internationalen Gauners.

Einen Einblick in die Abwege der menschlichen Seele gewährt die Person eines gewissen 45 Jahre alten Martin Samson, der es vor Jahren in der Welt der internationalen Hotel- und Speisegeldiebe zu einer gewissen Berühmtheit gebracht hat und jetzt von der Kriminalpolizei wieder einmal hinter Schloß und Riegel gefesselt wurde.

Von Hause aus Schauspieler und begabter Musikant, verließ Samson, der aus Hamburg stammt, bald diese Kaufbahn und betrat mit großem Erfolg die des gewerbsmäßigen Diebes. Dabei blieb er aber wenigstens im Neuen und in seinem ganzen Auftreten der vollendete Kavalier. Bald war er auch auf dem neuen Gebiete noch berühmter als auf dem alten. So gut wie alle Kriminalbehörden des europäischen Kontinents und Großbritanniens, mit alleiniger Ausnahme Russlands, suchten ihn bald hier bald da. Auch ein Heer von Privatdetektiven war ständig hinter ihm her. Samson, der die verschiedensten Namen führte, wohnte in den ersten Hotels und suchte immer nur hohe Werte. Mit Reinigkeiten gab er sich nicht ab. Ein paar Mal wurde er auch gefaßt, u. a. in Berlin und Zürich, und dann mußte er jedesmal eine ziemlich hohe Rechnung begleichen. Längere Zeit hörte man nun nichts mehr von ihm. Neuerdings tauchte er wieder in Berlin auf. Aber Samson ist lange nicht mehr der „große Mann“ von früher. Von den feinsten Hotels wird er bereits auf den Osten gekommen. In der Kopenhagener begabte er sich mit einer Diamantkette und jetzt hatte er das Pech, daß ihm der Besitzer der gestohlenen Decke und mit dieser auf der Straße begegnete. Er wurde festgenommen und Kriminalkommissar Dräger, Dienststelle B. I. 20, nimmt im Zimmer 133 des Polizeipräsidiums weitere Mitteilungen zur Aufklärung von Hoteldiebstählen entgegen, bei denen die ehemalige Berühmtheit ihre Hand an Spiege gehobt haben mag. Samson, der nicht weniger als neun Sprachen beherrscht, erschien auch jetzt noch vor der Kriminalpolizei in Cutanen und Lackstiefeln. Gesundheitlich ist er aber sehr heruntergekommen.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren, die mit bereits veröffentlichten, treten für den Telegraphen- und Fernsprecherberuf mit dem 20. August (heute) und für den Post- und Vorkriegsberuf mit dem 24. August in Wirkung.

Mit Gas vergiftet hat sich gestern ein altes Ehepaar in der Erststraße 8 zu Neudöhlen. Hier wurden abends um 9 Uhr der 72 Jahre alte Arbeiter Karl Kohn und seine 1 Jahr ältere Ehefrau Auguste geb. Kaufmann in ihrer mit Gas angefüllten Behausung bestimmungslos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten bei der Frau keinen Erfolg mehr. Der Mann konnte ins Leben zurückgerufen werden und wurde nach dem städtischen Krankenhaus in Budow gebracht. Rehrungsorgen und die Nervenkrantheit der Frau hatten das alte Paar veranlaßt, die Gashähne zu öffnen, um gemeinsam in den Tod zu gehen.

Die Verwaltung der Krankenhäuser Ost-Berlins, die zurzeit ausnahmslos der Zentralverwaltung unterstehen, soll nach einem Beschluß des Unterausschusses der gemischten Deputation zur Vorbereitung von Organisationsentwürfen den Bezirksämtern, in deren Bezirk sie liegen, übertragen werden. Von dieser Regelung soll nur das Rudolf-Virchow-Krankenhaus ausgenommen werden.

Opfer der Berge. Beim Uebersteigen der Kampenwand ist der Tourist Rosendorff, Mitglied der Münchener Sektion des Alpenvereins, bei einer Kletterpartie, infolge Reihens des Seiles, tödlich verunglückt. — Ein 19 jähriger aus Waldkirchen in Bayern stammender Tourist ist im Harwendelgebirge beim Weltweipfaden 180 Meter abgestürzt. Beide Leichen konnten geborgen werden.

Anfaß des D-Zuges Basel-Amsterdam. Am Sonntag nachmittag 5,40 Uhr stieß kurz vor dem Bahnhof Münster der von Hamm mit großer Verspätung kommende D-Zug 281 Basel-Amsterdam auf einen im Einfahrtsgleis vorziehenden Güterzug. Von dem Zuge 281 entgleitete die Lokomotive und ein D-Wagen, wobei sieben Reisende katastrophisch verunglückten. Jedoch ihre Reife fortsetzen konnten. Der Betrieb wurde eingeleistig aufrechterhalten, die Jäger erhielten dadurch Verspätungen bis zu drei Stunden. Das gefahrte Gleis ist noch im Laufe der Nacht wieder fahrbar gemacht worden.

Ein englisches Flugzeug bei Hannover verunglückt. Ein Flugzeug mit sechs Personen mußte wegen eines Defektes am Motor in der Nähe von Bolefol landen. Sämtliche Insassen waren Engländer. Nach Reparatur des Defektes sollte der Aufstieg fortgesetzt gehen. Der Apparat schlug aber um und wurde schwer beschädigt. Die Insassen kamen von kleineren Verletzungen abgesehen, unverletzt unter den Trümmern hervor. Das Flugzeug ist dann abmontiert worden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas milder, überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Jugendveranstaltungen.

Waltung, Uebungsversuche! Die Theatervorstellungen für Sonntag, den 3. Sept., sind unbedingt abzuholen. Die fehlenden Programme sind ebenfalls sofort abzuholen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2 Kreis-Tagungen. Dienstag, abends 7 Uhr, bei Teichmayer, Fienbergstr. 62. 3. erweiterte Kreisversammlung, Erläuterung unbedingt erforderlich.
4 Kreis, Kreuzberg, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Reim, Urbanstraße 28. erweiterte Kreisversammlung.
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Bei gütigem Wetter Societätsmittag am Dienstag in der Jungfernstraße. Treffpunkt 1 1/2 Uhr, Bahnhof Beustell- und Pottsdorferstraße. Treffpunkte mitbringen.

Sport.

Rennen zu Kuhlleben am Sonntag, den 19. August.

1. Rennen. 1. Le petit Doulon (Steeger), 2. Kymorich II. (A. Royal), 3. Bärde (Groschmann). Toto: 63:10, Platz: 18, 53, 21:10. Ferner liefen: Rathan IV., Erich I., Apfelblüte, Alferston, Erdgraf, Prinz Rudolf, Durchbruch, Hünaburg, Hünaburg, Hundblut.
2. Rennen. 1. Dabendorferin (Nichtenfeld), 2. Odebrunn I. (G. Grube), 3. Adler (B. Gerson). Toto: 38:10, Platz: 12, 11, 18:10. Ferner liefen: Fedora B., Film, Fignora III., Gyzdara, Knie, Submill I., Fänger I.
3. Rennen. 1. Importeur (B. Kreuzberg), 2. Eleganz (Kauf jr.), 3. Importation (R. Ringius). Toto: 28:10, Platz: 15, 24, 14:10. Ferner liefen: Ange, Gaudier jr., Arosbeere, Fil. v. Lindom, Diaphora, Platterlöse, Glade, Ludwig R., Zindlo.
4. Rennen. 1. Oligo (C. Jürgens), 2. Nonnet (Kochmann), 3. Eucrasius (Plaga). Toto: 25:10, Platz: 16, 64, 52:10. Ferner liefen: Parfian, Ehdina, Geldebrandt, Julius, Sybil, Hartlein, Geiderole, Habel, Jettgeist, Vicque, Waldor I., Seemund, Verthold, Schlip.
5. Rennen. 1. Interpellant (Kreuzberg), 2. Jankestein (R. Ringius), 3. Prinz Stahma (Reis). Toto: 22:10, Platz: 17, 55, 47:10. Ferner liefen: Florian, Vch. Corons de Kinnen, Leo Watis, Nigoll.
6. Rennen. 1. Ideal II. (Kaupper jr.), 2. Lump (Steeger), 3. Federneile (F. Schmidt). Toto: 108:10, Platz: 23, 18, 18:10. Ferner liefen: Jomien, Givori, Bar Katalpa, Elfe B. I., Hauptmann, Hofnung, Corlelin, Döbender, Nohamitauer, Ballonflieger, Rocuna, Frieda Ringus, Cobra.
7. Rennen. 1. Jodanow (Kaupper), 2. Clematis blau (G. Grube), 3. Rosenkätz (B. Kreuzberg). Toto: 15:10, Platz: 12, 18, 15:10. Ferner liefen: Peichmann, Paul B., Marsha-Binburg, Jung Bergfried, Dada, Peter I.
8. Rennen. 1. Prinz Magoman (R. Ringius), 2. Palmer II. (G. Schulerer), Ana Gid (Groschmann). Toto: 19:10, Platz: 11, 12, 12:10. Ferner liefen: Gamin, Blaumette, Karanna, Della, Jeffrey jr.

Gewerkschaftsbewegung

Wo kommen die Gelder her?

Die deutsche Arbeiterkassette in ihrer Gesamtheit, ob Anhänger der SPD-Zentrale und ihrer Parolen oder Gegner, hat einen wohlbegründeten Anspruch auf die Beantwortung der Frage, aus welcher Quelle denn eigentlich die Gelder für die jüngste „Generalliste“-Aktion geflossen sind? Es handelt sich dabei allein für die Herstellungskosten der Flugblätter um Summen, die unmöglich aus den Beiträgen der Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands aufgebracht werden konnten.

Die Betriebsratsabteilung der SPD und ihre Zentralstreikleitung hat nicht nur in Berlin, sondern in allen Großstädten Deutschlands eine ganze Serie von Flugblättern herausgegeben, die Unsummen gekostet haben. Um unseren Genossen einen ungefähren Begriff über die Höhe dieser Unkosten zu vermitteln, sei bemerkt, daß die Kosten eines einzigen Flugblattes zur Abwehr gegen die „Generalliste“-Diktatur in einer Auflage von nur 24.000 Exemplaren, die für Berlin z. B. kaum für einen einzelnen Stadtbezirk ausreichte, nicht weniger als 140 Millionen Mark betrug. Diefem einen Flugblatt haben die Kommunisten der betreffenden Stadt nicht weniger als fünf Flugblätter entgegengesetzt.

Damit sind zunächst die vorwurfsvollen Fragen dieser unserer Genossen beantwortet, warum der WDSB. und seine Ortsauschüsse in dieser Beziehung nicht mehr getan haben zur Aufklärung der Arbeitnehmerschaft und der Bevölkerung über den eigentlichen Zweck dieser wie aller vorausgehenden „großen Aktionen“ der kommunistischen Parteizentrale. Daß wir in finanzieller Beziehung erst recht die Konkurrenz mit der aus Moskau subventionierten SPD nicht aufnehmen können, noch weniger etwa als mit der Strupflosigkeit ihrer ja ebenfalls subventionierten Presse, liegt klar auf der Hand.

Da müssen wir denn schon die Frage aufwerfen: Woher kommen die Gelder für die kommunistischen Aktionen? Weil nach allen bisherigen Erfahrungen oft eine klare unabweisbare Antwort auf diese Frage nichts weiter als eine Schimpfkanonade der „Roten Fahne“ zu erwarten ist, werden wir auf eine Antwort vergeblich warten müssen. Das ist begreiflich. Denn in demselben Augenblick, in dem die Geldquelle der SPD und ihre für deutsche Verhältnisse ungeheuren Ertragskräfte bekannt würden, würden die christlichen deutschen Profetarier, die heute noch den kommunistischen Parolen nachlaufen, das Spiel durchschauen, das mit ihnen getrieben wird.

Während die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei ihren Mitgliedern regelmäßig in aller Deffektivität über ihre Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen, hätte die SPD-Zentrale ihre hauptsächlichsten Einnahmequellen als ihr Geschäftsgeheimnis. In einer Zeit, in der alle Gewerkschaften in finanzieller Beziehung unlosbar schwer um ihre Existenz kämpfen müssen, nicht minder unsere Partei und ihre Presse, kann die SPD aus dem Vollen schöpfen. Sie kann es nicht aus den Beiträgen ihrer Mitglieder, doch sie kann es. Woher kommen ihre Gelder?

„Lehrlingsausübung.“

Zu der Kritik mit dieser Ueberschrift in Nr. 376 des „Vorwärts“ teilte uns der darin angegriffene Firmeninhaber Herr Hans Heele mit, daß die Angaben hinsichtlich der Vergütung seiner Lehrlinge durchaus der Wahrheit entsprechen. Dennoch vermahnt er sich gegen den Vorwurf der Ausnutzung der Lehrlinge. Er schreibt:

„Nur mit größtem Widerstreben und nur auf Vorschreibung des Berufsamt habe ich mich dazu verstanden, wieder Lehrlinge einzustellen. Es ist den Lehrlingseltern stets in unabweisbarer Weise zu verstehen gegeben, daß bei der Ausbildung, die die jungen Leute in meinem Betriebe genießen, es vollständig ausgeschlossen ist, ein Kostgeld zu geben. Den Lehrlingseltern ist von mir auch jederzeit vorgehalten worden, sie sollen sich die Sache ja reiflich überlegen; ich lebe wohl, wie schwer es sei, einen jungen Menschen, der noch in der Entwicklung steht, vier Jahre durchzubringen; ich bin aber nicht in der Lage, hierbei etwas Besseres zu können.“

Ich habe auch stets den Eltern nach andere Firmen, wohin sie sich wenden sollten und die ich empfehlen konnte, genannt, doch wollten sie ihre Kinder stets bei mir in der Lehre leben und waren mit meinen Bedingungen auch einverstanden.

Genau dasselbe habe ich übrigens auch dem Herrn Hoch auf vom Berufsamt gelegentlich seines Besuches im Anfang dieses Jahres gesagt. Herr Hoch hat bei der Gelegenheit auf meine Einladung hin meinen Betrieb in Augenschein genommen und hatte dabei reichlich Gelegenheit, sich von den Arbeiten und den Fortschritten der einzelnen Lehrlinge zu überzeugen. Der Besuch nahm übrigens den ganzen Vormittag in Anspruch.

Auch mit Herrn Hoch hat ich (er schnitt diesen Punkt übrigens selbst an) bezüglich einer Vergütung der jungen Leute eine längere Unterhaltung, doch mußte auch er meine Gründe billig billigen.

Es ist auch Ihren Herren unbenommen, jederzeit und ohne vorherige Anmeldeung, meinen Betrieb in Augenschein zu nehmen; vielleicht ändern dann auch Sie Ihre Meinung, und dies um so mehr, als meine Gehilfen mit zu den bestbezahlten in Berlin zu rechnen sind, weit über den Tarif bezahlt werden und zufrieden sind. Nur ab und zu habe ich so einen Stänker drin, der Unfrieden erregen will. Wenn ich also meine Gehilfen gut entlohne und nicht den Geiz bei der Arbeit, so muß doch wirklich ein anderer Grund als der der Knauererei und Drückererei darin zu suchen sein, daß ich meinen Lehrlingen nur ein Taschengeld gebe.“

Herr Heele muß noch alledem selber zugeben, daß es ein direkter Widerspruch ist, wenn er

1. behauptet, daß er nur mit größtem Widerstreben sich dazu verstanden hat, Lehrlinge einzustellen und es dann auf 14 Lehrlinge bei 13 Gehilfen bringt; 2. daß seine Gehilfen mit zu den bestbezahlten Arbeitern in Berlin gehören und er es dennoch als ausgeschlossen erklärt, den Lehrlingen ein Kostgeld zu zahlen. 60.000 M. wöchentlich unter 14 Lehrlingen verteilt, ergibt nicht einmal mehr ein Taschengeld.

Der Fall ist denkbar, daß man einen Betrieb mit hochqualifizierten Arbeitsleistungen zur Annahme von Lehrlingen veranlaßt. Der städtischen Berufsberatungsstelle muß daran sehr viel gelegen sein, junge Leute in Stellungen zu bringen, in denen wirklich etwas gelernt werden kann. In solchen Fällen wird die Frage nach der Höhe der Kostgeldentschädigung zurücktreten müssen hinter die Frage des Behaltens und Erfolgs. Allein die wirtschaftlichen Verhältnisse sind doch heute so gelagert, daß es unter tausend Eltern keine fünf gibt, die vier Jahre lang sämtliche Aufwendungen für ihre Söhne bestreiten können. Handelt es sich um einen hochwertigen Betrieb, kann der Lehrherr tatsächlich beim besten Willen keine Entschädigung zahlen, dann müßte das Berufsamt zugleich irgendwie bemüht sein, den Lehrlingen irgendwelche finanzielle Beihilfen in solchen Fällen zu verschaffen.

Es bedeutete jedoch sicherlich eine Beleidigung des Berufsamts, wenn wir ihm nachgäben, daß es ohne Bedenken 14 Lehrlinge in eine Lehrstelle neben 13 Gehilfen unterbringe. Daß dabei der Lehrerefolg mindestens stark beeinträchtigt wird, kann von keinem Profitarier bestritten werden. Um so weniger ist in diesem Falle die Verweigerung von Kostgeld berechtigt. So naiv ist auch Herr Heele kaum, um nicht einzusehen, daß wir bei seinem Standpunkt „es ist vollständig ausgeschlossen, ein Kostgeld zu geben“ den Fall als Lehrlingsausübung betrachten müssen.

Es gibt wohl kaum einen so weisenden Richter, der die Beileh werden der Eltern in diesem Falle als ungerechtfertigt abweisen könnte. Den Unfrieden verschuldet Herr Heele durch seinen Standpunkt selber. Die Eltern wollen keinen Unfrieden; sie wollen nur nicht, daß die ganzen Kosten auf ihre Schultern abgewälzt werden zum Vorteil des Lehrherrn.

Das neue Lehrlingsrecht, das nun endlich im Entwurf bald herauskommen müßte, wird hoffentlich die Mittel an die Hand geben, solche Lehrverträge nicht erst mehr aufkommen zu lassen.

Streik der Schornsteinfeger.

Heute traten die Berliner Schornsteinfeger in den Streik ein, da die Arbeitgeber ihnen noch jetzt noch Abschlagszahlungen von 1 bis 2 Millionen auf die festgesetzten Löhne anbieten. Die Schornsteinfeger fordern sofortige Zahlung der ihnen tariflich zustehenden Löhne. Ferner fordern sie vom Polizeipräsident sofortige Anerkennung der für die Zeit vom 13. August bis 25. August durch die Tarifkommission festgesetzten Löhne, sowie des Tarzuzschlages. „Der Vertreter des Polizeipräsidenten gab in der Kommissionsitzung seine Zustimmung, übertrug sich jedoch nicht, dieselbe am andern Tage zurückzugeben und uns der Not dadurch vollständig preiszugeben.“

Die Not der Kirchenbeamten.

Ein Kirchenbeamter wendet sich in seiner Not an den „Vorwärts“. „Ich gebe diesen Weg für meine Kollegenchaft“ — schreibt er — „weil alle anderen Schritte erfolglos geblieben sind.“ Die Zuschrift lautet:

„Vor einiger Zeit ging ein Artikel durch die Presse, der die Not der Geistlichen in so beredten Worten schilderte, daß ein Nichteingeweihter Erbarmen mit diesen Leuten haben mußte. Für Brechen trafen die darin gemachten Angaben in keiner Weise zu, denn die Geistlichen erhalten vom Staate rechtzeitig ihr Einkommen nach Gruppe 10 der KStD. Der Artikel hat aber in den Kreisen der Kirchenbeamten, die nach Gruppe 4 bis 7 besoldet werden sollen, d. h. wenn Geld in der Kirchenkasse ist, böses Blut erregt. Die Kirchenbeamten Berlins haben als lebenslänglich mit Pension angestellte Beamte von ihrem Augusteinkommen für Gruppe 7 bis jetzt erst 4 Millionen, einige noch gar nichts erhalten. Mehrere Beamte haben für Juli erst eine Abschlagszahlung von 2 Millionen bekommen. Infolgedessen ist die Not furchtbar. Alle Eingaben an die Aufsichtsbehörden scheitern an der großen Gleichgültigkeit derselben oder werden mit einer solchen Verzögerung erledigt, daß man von einem Wohlwollen nicht sprechen kann. Den Geistlichen und Beamten, welche bei den Behörden beschäftigt sind, brennt die Not ja auch nicht unter den Nägeln, sie erhalten ihr Einkommen vom Staate. Als im Februar d. J. befristet wurde, daß den Geistlichen das Gehalt vom Staate nicht mehr gezahlt würde, da lagte ein hoher Geistlicher in öffentlicher Sitzung: „Es wäre eine furchtbare Härte, wenn man den Geistlichen kein Gehalt gäbe und die Beamten beläßen es.“ Darauf sperrte man den Beamten das Gehalt. Wäre es denn nicht richtig, wenn man jetzt, wo die Kirchenbeamten kein Einkommen haben, sondern am Hungertuche nagen, das Einkommen der Geistlichen teilt? Was macht es für einen Eindruck, wenn eine kirchliche Behörde dem Beamten eine Abschlagszahlung von 2 Millionen anbietet, während der Geistliche 15 bis 20 Millionen erhält.“

Vielleicht tragen diese Zeiten dazu bei, den Lesern die Augen zu öffnen über die Ungerechtigkeiten, welche in der Kirche herrschen.“

Was letzteren Punkt betrifft, so bedürfte es nach all den Erfahrungen unserer parteigängigen Leser für sie kaum mehr der Versicherung von Eingeweihten, daß es auch in der Kirche recht kleinemäßig zugeht.

Die Destillation von Wilhelm Krüger, Berlin, Wiener Str. 23, Ecke Grünauer Straße, ist für organisierte Arbeiter und Angestellte gesperrt. Herr Krüger ist Tarifstreiktreuer und verspricht auch dem Verbandsvertreter, daß er seinen Angestellten den Tarif zahlen werde. Sobald der Verbandsvertreter das Haus verlassen hatte, zwang der Herr seine Angestellten, eine Abmahnung zu unterschreiben, nach welcher sie weit unter Tarif arbeiten sollen. Genossen und Gleichgesinnte in der Gegend des Gärtnicher Bahnhofs werden auf diese Handlungsweise aufmerksam gemacht.

Der Konflikt in der „Ostpreussischen Zeitung“ in Königsberg ist beigelegt. Nachdem die Seger die Erklärung abgegeben hatten, daß sie den vorher von ihnen abgelehnten Artikel nunmehr setzen und drucken und sich künftig jeder Einmischung in die Kompetenzen der Redaktion enthalten würden, nahm die Direktion die ausgesprochene fristlose Kündigung zurück.

Wirtschaft

Die Gründe der neuen Markterleichterung.

Ueber die Gründe der neuen Markterleichterung erhalten wir aus Bankkreisen eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Wir leiden jetzt noch an dem Fehler, den das Kabinett Cuno noch am letzten Tage seiner Wirksamkeit begangen hat — nämlich an der Wiedereinführung des freien Devisenverkehrs. Zugegeben sein soll, daß namhafte Vertreter von Banken, Industrie und Handel sich lebhaft für die Wiedereinführung des freien Handels eingesetzt haben. Auf der anderen Seite war aber zu konstatieren, daß ebenso namhafte Persönlichkeiten, besonders aus der Bauwelt, noch am Tage der Unterzeichnung der neuen Verordnung sich mit allem Nachdruck dafür eingesetzt haben, daß es beim Verbot des freien Devisenhandels bleibt. Die Entwidlung hat leider gezeigt, daß diese nur an Alter Jüngeren mehr Weisheit bemessen haben, als jene; denn die Wiedereinführung des freien Devisenverkehrs war ein Unglück für die Allgemeinheit. Trotzdem heute die Mehrzahl der ruhig denkenden Bankkreise zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß der Einbehaltskurs unter allen Umständen wieder hergestellt werden müsse, also jeglicher freier Devisenverkehr zu unterbinden ist, läßt die Reichsregierung mit der Durchführung dieser Maßnahmen noch auf sich warten.“

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß zur Gesundung unserer Wirtschaft diese Maßnahme und schärfere sogar noch einzutreten müssen. Die Errichtung einer Devisenzentrale ist das einzige Mittel, den Verkehr mit Devisen wieder in ruhigere Bahnen zu lenken. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Marktzusatz vom Donnerstag, dem 16. August, nicht im Auslande und nicht in Berlin verurteilt worden ist. Richtig ist vielmehr, daß aus dem neu- und altbesetzten Gebiet relativ große Kaufaufträge plötzlich nach Berlin kamen, die zur Folge hatten, daß der Dollar von 28 Millionen auf über 4 Millionen Mark in wenigen Stunden steigen konnte. Das wäre natürlich nicht möglich, wenn der freie Devisenhandel verboten würde.“

Hand in Hand mit diesem erneuten Verbot des freien Devisenverkehrs und der etwaigen Einrichtung einer Devisenzentrale müssen die kontrollierenden Maßnahmen, die in Berlin leidlich funktionieren, in verstärktem Maße auf das neu- und altbesetzte Gebiet ausgedehnt werden. Nur wenn die Regierung sich endlich dazu entschließt, die Kontrolle über den Devisenmarkt in schärferer Form auszuüben, wird ein langsames Heruntergehen der ausländischen Devisen in Deutschland zu erreichen sein. Auf der anderen Seite wird es auch nur so möglich sein, einen allmählichen Abbau des Preisniveaus für Lebensmittel durchzuführen. Wenn es gelingen sollte, die Sabotage der Mark auf diesem Wege einzuweisen zu verhindern, so gibt es noch einen anderen Weg, der zwar wesentlich schwieriger ist, aber doch zum Erfolg führen könnte.“

Kurze Zeit sind erfreulicherweise die Geldsäge an der Berliner Börse gestiegen, während die Effektenkurse eine Relung nach unten hatten. Leider ist dies seit einigen Tagen wieder nicht mehr der Fall, denn inzwischen ist der Geldmarkt sehr stüffig geworden, trotzdem — allerdings zu weichen Preisen — große Effektenmengen gekauft worden sind. Diese Tatsache findet ihre Erklärung darin, daß in den letzten Tagen sehr große — man kann wohl sagen in die Milliarden gehende — Beträge aus dem besetzten Gebiet nach Berlin gebracht worden sind, hier entweder als tägliche Gelder arbeiten oder aber Anlage in Effekten gefunden haben. Die Reichsregierung hat angesichts dieser Tatsache reiflich zu überlegen, ob sie nicht mit alzu freigiebigiger Hand zurzeit die Ruhrunterstützung an die Schwerindustrie zahlt. Nach meiner Ueberzeugung ist dies der Fall, denn sonst wäre es undenkbar, daß derartige Riesensummen wieder nach Berlin zurückfließen können. Beträge, die also zurzeit in den abgelegenen Gebieten nicht arbeiten könnten.“

Wir haben bereits nach Einführung der Einheitskurse am Devisenmarkt und auch später wiederholt betont, daß diese Maßnahme nur dann einen Sinn hat, wenn gleichzeitig weitere Maßnahmen zur Kontrolle des Devisenverkehrs, zum Abstoppen der Rotenpresse und zur Umgestaltung des Kreditverkehrs erfolgen. Durch die Ruhrsteuer und die Goldanleihe sind leider viel zu spät einige der notwendigen Vorbedingungen geschaffen, die Durchführung der werthbeständigen Kredite ist bisher in unzulänglichen Anfängen stehen geblieben. Hier muß jetzt die Arbeit einsetzen und darüber hinaus eine Erfassung der Devisen, wie sie ebenfalls eingeleitet ist, und die Organisation einer zentralen Devisenbewirtschaftung vorbereitet werden. Diese Forderungen, die auch in der obigen Zuschrift vertreten werden, sind von der Sozialdemokratie seit langem gegen den Widerstand der Besitzenden und der Reichsbank erhoben worden.“

Erhöhung von Verkehrsabgaben auf den Wasserstraßen. Die außerordentlich gestiegenen Unterhaltungskosten der Reichswasserstraßen machen, wie amtlich mitgeteilt wird, eine Erhöhung der geltenden Abgaben vom 26. August an zunächst auf das 15fache erforderlich. Die endgültige Bemessung der Sätze bleibt einer Nachprüfung vorbehalten.

Vermögensverhältnisse, besonders Reich. Ober-Photographieerwerb höchstwahrscheinlich. Reichsminister, 56. Reichspost, 141. 69.

Bergmanns Zahnpassio
Rosodont
die Sparsamkeit selbst
Seit 70 Jahren bewährt

Admirals-Variete
800 Das Internationale August-Programm
36 Gartenstr. 36
Zahngelbisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
36 Gartenstr. 36
Der weltbeste Weg zu mir lohnt sich!

Durchschlag
Schreibmaschinen- u. Vertriebshilfsmittel
lietern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Ges.
W. 57, Frobenstr. 21

Farbbänder
für alle Schreibmaschinen
lietern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Ges.
W. 57, Frobenstr. 21

Fabrikneue Schreibmaschinen
auch räumliche und kleine-Maschinen
lietern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Ges.
W. 57, Frobenstr. 21

Verkäufe
Qualitätsstoffe, aus allen Stoffen
abgeschliffen, kommen, erbe zu Original-
Einkaufspreisen an Seidenhersteller ab.
Schulz, Rönneckerstr. 4, an der Köpenicker-
straße, Ringenstraße nachschicken.

Reklamations-Gelagenheitsfälle wenig
gebräuchlicher Maschinen mit Garantie
nur bei Hildebrand, Potsdamerstraße 100,
Nollendorf 6882.

Bekleidung
Reichhaus Friedrichstraße 2 (Höllische
Tür) verkauft elegante Herrenanzüge,
Hosen, Sakets, Sportpelze, Gehpelze,
Bekleidungen, Seidmantel, Anzughüte,
Grenadines, Blausätze, Hüfte zu enorm
billigen Preisen. Reine Embroidure.

„Bei Heele moderne Herrenanzüge,
Zweidreier, Gulden, Wappentel,
Tunna, beste Anzüge, Feinmode, bunte
Ertelanzüge, Unter Hemden, Kollend-
strümpfe, 22, Gedächtnisstr. Nollendorf-
platz, 9-12, 5-7.“

Reklamations-Gelagenheitsfälle
Sommerpelze, Wägen, Sammantel,
Bekleidung bekannt billig. Reine Embroidure,
Reichhaus Hofmeisterstr. 20,
Dankstr. 200/204, Ecke Rosenfelderstraße.

Möbel
Reichhaus, Charlottenburg 3300 000
an. Holzmattdecken, Polstermöbel,
Rinderabfälle, Reide, Anzuger, 32a,
Odenbergstr.

Winkel-Recher, Brunnenstraße 7, offeriert
Schlafzimmer, Speisezimmer,
Dachzimmer, Kuchenzimmer, Korb-
möbel, Säulen usw. Große Auswahl,
Belast lohnend.

Musikinstrumente
Violen preiswert, Klarinetten
Eint., Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche
Violen, Klavier, laßt zu höchsten
Lohnspreisen (Vermögensg.)
Reichhaus 2, Nollendorf 6882.

Klavier bis 100.000.000. — sucht Belast.
Reichhaus, Gubenstraße 20. Telefon:
Reichhaus 492, Groß.

Violen laßt Klarinetten, Dresden-
straße 24, Nollendorf 128 45.

Recherbenau, bunte Kuchenzimmer,
Bauwerk, preisliche Möbel, Dresden-
straße 130, Nollendorf 6882.

Gedächtnisstr. 2.

Werkzeuge u. Maschinen
Kugellager, Kugelhülse laßt höchst-
wahrscheinlich, Reichhaus 2, Nollendorf 6882.

Kugellager, Kugelhülse, Waagen,
Recher laßt Reichhaus 2, Nollendorf 6882.

Kugellager, Kugelhülse laßt Reichhaus,
Schönhauser Allee 127.

Vorwärts-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Poststr. 7
Carmen - Schild - Str. 57,
Gilmann
Greifenhagenstr. 22
Immanuelstraße 24
Lauter Platz 14/15
Petersburger Platz 4
Pringstr. 81, Hof rechts
Wattstr. 9
Wilhelmshagenstr. 49

Charlottenburg, Seidenheimer Str. 1
Cöpenick, Meyer Str. 8, Laden
Friedrichshagen, Hoffmann, Kurze
Straße 1
Mariendorf, Leip. Chauffeurstr. 20
Neußlin, Redstr. 2
Elegienstr. 28/29
Reinickendorf-Ost, Grobingerstr. 56
Reinickendorf-West, Schornweber-
straße 114/15
Schöneberg, Belgier Str. 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 18

Ronco
u. andere Vertriebs-
läufiger lietern
preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Ges.
W. 57, Frobenstr. 21

Restehandlg. Haarpuder
Goltzstr. 2, 4. Stockwerk
Barren- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futtermittel
bestand unter Preis

Typendruker
lietern preiswert
A. Kietz & Co.
Büro-Bedarf-Ges.
W. 57, Frobenstr. 21